

November 2014

AMNESTY JOURNAL

DIE ZEITSCHRIFT FÜR MENSCHENRECHTE



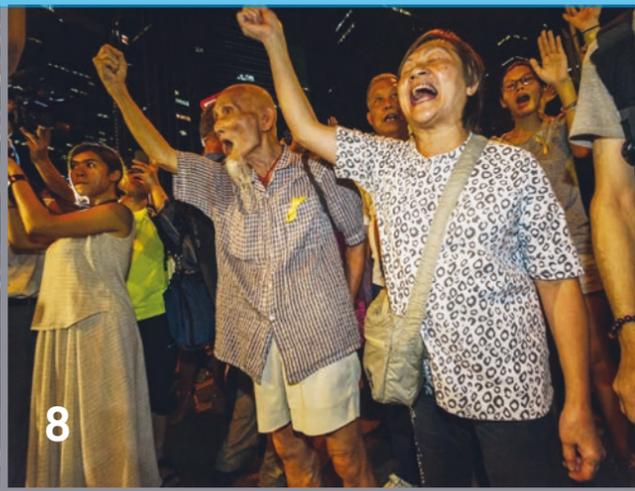
BHOPAL

30 Jahre danach:
Das Trauma dauert an

INHALT



4



8



10



16

- 4 Bhopal**
30 Jahre nach dem Giftgasunfall in Indien dauert das Trauma bis heute an.
Von Michael Gottlob
- 8 Wenn die Freiheit auf dem Spiel steht**
Hong Kong und die „Regenschirm-Revolution.“
Von Ming-yi Kou
- 10 Österreichische Frauengruppe unterwegs in Kirgistan und Tadschikistan.**
Von Eva Bachinger

- 12 30 Jahre UN Anti-Folterkonvention**
Amnestys Kampf gegen Folter
- 14 Musik als Foltermethode**
Eszter Mák im Interview mit Morag J. Grant
- 15 Aktuell**
- 16 Amnesty Briefmarathon und seine vielen Gesichter**
- 18 Mein Sohn ist kein Spion**
Aidzhan Musaev kämpft um Gerechtigkeit für seinen Sohn Erkin.

- 19 Erfolge**
- 21 „Internationale Unterstützung bedeutet alles.“**
Die Menschenrechtlerin Umida Niyazova im Gespräch.
- 22 Aktiv für Menschenrechte**

Impressum: Amnesty International. Informationen 022033408. **Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin:** Amnesty International Österreich, 1150 Wien, Moeringgasse 10/1, Stock, Tel.: (01) 7 80 08, Fax: (01) 7 80 08-44. E-Mail: office@amnesty.at. **Chefredaktion:** Christine Newald; **Finanz- und Spendenverwaltung:** Christian March; **Datenschutzbeauftragte:** Susanne Bisko; **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Eva Bachinger, Daniela Bäk, Robert Fellner, Stephanie Geier, Michael Gottlob, Ming-yi Kou, Eszter Mák, Christine Pendl, Tanja Prinz-Alves, Aleksandar Prvulović, Gesine Schmiedbauer, Andrea Strasser-Carmagni. *Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.* **Design:** Patricio Handl; **Lektorat:** Cornelia Schweinberger; **Foto Cover:** Raghu Rai/Magnum; **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: (c) AI. **Druck:** Druckerei Berger, Wienerstraße 80, 3580 Horn; **Amnesty-Spendenkonto:** IBAN: AT142011100000316326. BIC: GIBAATWWXXX **Vereinsregister:** ZVR 407408993



Laurent Ziegler

EDITORIAL

Von Christine Newald

> Gemeinsam die Welt verändern!

Ebola in Westafrika, Krieg in Syrien, Sterben im Mittelmeer, Ukraine Krise – tagtäglich prasseln schlechte Nachrichten auf uns ein. Angesichts all der schrecklichen Dinge, die im Augenblick das Weltgeschehen beherrschen, beschleicht einen oft das Gefühl von Hilflosigkeit. Das Gefühl, dass man als Einzelne(r) nichts bewirken kann und dem Weltgeschehen ohnmächtig gegenüber steht.

Als Amnesty International 1961 gegründet wurde, haben ZynikerInnen die Idee als große Träumerei abgetan. Es schien unglaublich, dass so eine Kleinigkeit wie Briefeschreiben und andere kleine Protestkundgebungen irgendeinen Unterschied machen könnten. Diese SkeptikerInnen wurden im letzten halben Jahrhundert immer wieder eines Besseren belehrt.

Selbstverständlich können wir ohne die Menschen, mit und für die wir arbeiten, unsere Arbeit nicht machen. Menschen, die himmelschreienden Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren, die sich bei uns für die Kraft bedanken, mit der sich unsere Millionen Mitglieder für ihre Anliegen eingesetzt haben. Für all die Briefe, die geschrieben wurden, für all die Aktionen, die in ihrem Namen ins Leben gerufen wurden, und für den Ruf nach Gerechtigkeit, den wir verstärkt haben.

Als Aung San Suu Kyi den „Ambassador of Conscience“-Preis erhalten hat, hat sie sich bei all den Mitgliedern von Amnesty International bedankt, die daran geglaubt haben,

dass auch in Burma Menschenrechte möglich sein können. Wieder glaubten SkeptikerInnen, dass Veränderungen nicht möglich seien, aber tausende Menschen haben sich weiterhin eingesetzt, und irgendwann ist der Wandel Wirklichkeit geworden.

Das Briefeschreiben ist eine Kernidee von Amnesty International und unser weltweiter „Briefmarathon“ wird immer größer und wichtiger – mit Ihrer Hilfe. Denn dadurch konnten wir im letzten Jahr über 2 Millionen Briefe und Nachrichten verschicken, und heuer könnten es noch mehr werden.

Unsere Briefe sind nicht nur eine leere Geste. Über die Jahre haben sie unglaubliches bewirkt: Sie haben dazu geführt dass Gewissensgefangene freigelassen worden sind, sie haben dazu beigetragen, dass Folterer zur Rechenschaft gezogen wurden, und sie haben dazu beigetragen, dass Menschen in Gefängnissen menschlicher und respektvoller behandelt wurden.

Schreiben Sie auch heuer wieder Briefe, machen Sie mit beim Briefmarathon - oder besuchen Sie eine unserer zahlreichen Veranstaltungen im Dezember.

Eine bessere Welt ist möglich!

Christine Newald

BHOPAL Das Trauma dauert bis heute an



DIE ÜBERLEBENDEN DER BHOPAL-KATASTROPHE FORDERN GERECHTIGKEIT UND WIEDERGÜTMACHUNG

Bhopal gehört zu der langen Reihe von Desastern – von Seveso über Tschernobyl bis Fukushima –, die für den fahrlässigen Umgang mit technischen Risiken stehen. Das Gasunglück ist auch ein Beispiel für westliche Konzerne, die gefährliche Produktionen in die Länder der Dritten Welt auslagern.

Text: Michael Gottlob • Fotos: Raghu Rai/Magnum

Es geht an diesem Jahrestag nicht nur um das Gedenken. Dass man wieder an Bhopal erinnern muss, liegt auch daran, dass die Überlebenden noch immer um Gerechtigkeit kämpfen. Bis heute sind sie finanziell nicht angemessen entschädigt worden. UCC zahlte im Jahr 1989 eine Abfindung in Höhe von 470 Millionen US-Dollar. Dass dieser Betrag viel zu gering ist, hat inzwischen auch die indische Regierung eingesehen. Sie will die Abfindungsvereinbarung im Licht des heutigen Kenntnisstands über die Auswirkungen der Katastrophe neu verhandeln. Gefordert wird ein zusätzlicher Betrag von bis zu 1,7 Milliarden Dollar. Nach Einschätzung der Opfergruppen wären allerdings 8,1 Milliarden Dollar nötig.

VERSCHMUTZTE UMWELT. Auch die Verseuchung des Fabrikgeländes ist noch nicht beseitigt. Die Bewohner der Umgebung müssen immer noch damit leben, dass Boden, Wasser und Luft verschmutzt sind. UCC verletzte schon vor dem Unglück die Sicherheitsstandards für die Lagerung toxischer Substanzen. Bis heute erweisen sich die staatlichen Stellen als unfähig, die Firma zur Sanierung des Geländes zu zwingen. Zudem sind die Verantwortlichen des Unglücks bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Lediglich einige indische Manager wurden im Juni 2010 zu geringfügigen Strafen verurteilt. Die Hauptverantwortlichen von UCC und Dow Chemical haben sich bisher geweigert, vor indischen Gerichten zu erscheinen. Jetzt gab es

Die Katastrophe von Bhopal

jährt sich am 3. Dezember 2014 zum 30. Mal: Ein Leck in einer Pestizidfabrik der US-amerikanischen Firma Union Carbide Corporation (UCC) ließ kurz nach Mitternacht Tonnen eines hochgiftigen Gases austreten. In wenigen Tagen starben in der indischen Metropole rund 8.000 Menschen, bis heute kamen weitere 15.000 Todesopfer hinzu.

Eine aktuelle Meldung am 17.11.2014 verkündet einen Etappensieg für die Bhopal-Überlebenden: Die indische Regierung hat zusätzliche Schadenersatzzahlungen versprochen!



RAMPYARI BAI

„Ich bin keine die sich zurückzieht. Ich werde weiterkämpfen, komme was wolle. Ich werde meinen Mut nicht verlieren.“

Rampyari Bai ist eine der hartnäckigsten Bhopal-Überlebenden. Sie ist 90 Jahre alt, und sie hat nach der Bhopal Katastrophe begonnen, sich zu engagieren. Sie lebte damals mit ihrem Sohn und seiner hochschwangeren Frau in einem Slum in der Nähe der Fabrik. Als die Gase die Luft verpesteten, setzen bei ihrer Stieftochter die Wehen ein und sowohl sie als auch das Baby starben wenig später.

Rampyari bekam Krebs und litt unter Atemnot, aber doch ihres hohen Alters kämpft sie immer noch um eine Entschädigung. 2011 sei sie während einer Demonstration so heftig geschlagen worden, sagt sie, dass sie jetzt eine Gehhilfe brauche. Aber es ist ihr Protest, der sie am Leben hält, sagt sie.

„Wir hatten so viele Kundgebungen. Wir sind über Kanäle geschwommen, mussten vor der Polizei davonrennen, aber haben uns von unserem Kampf nicht abbringen lassen. Ich werde diese Aufgabe nicht der Regierung überlassen. Ich werde nicht aufhören zu kämpfen, solange ich nicht gestorben bin, bis ich nicht Entschädigung erhalten habe. Ich werde kämpfen bis zum letzten Atemzug.“



SAFREEN KHAN

„Kinder wurden mit Behinderungen und Missbildungen geboren, Grund dafür war das verschmutzte Wasser. Der Grad der Verschmutzung war so groß, dass sogar die Muttermilch Spuren von Quecksilber gezeigt hat.“

Safreen Khan, 20, gehört einer neuen Generation von Aktivistinnen an. Zu jung, um das Bhopal-Desaster aus erster Hand miterlebt zu haben, wurde sie durch seine Nachwirkungen geprägt. Ihre Eltern, die zu jener Zeit in der Nähe der Fabrik gelebt haben, litten seit dem Vorfall an Atembeschwerden und Augenproblemen. Safreen hat irgendwann aufgehört zu wachsen. Kleinwüchsigkeit ist in den verschmutzten Gebieten weit verbreitet. Für Jahrzehnte hatten die örtlichen Gemeinschaften keine andere Chance, als das durch Chemikalien verschmutzte Wasser zu trinken.

Safreen hat zum ersten Mal 1984 in der Schule vom Unglück gehört. Sie hat sich in der Folge einer Kampagne für Gerechtigkeit angeschlossen und war eines von acht Kindern, die 2008 zu Fuß von Bhopal nach Delhi marschiert sind – eine Strecke von 700 Kilometern.

„Die Menschen verlieren die Geduld. Sie weinen und trauern immer noch um ihre Familienmitglieder, die an diesem Tag gestorben sind. Sie haben das Gefühl, dass zumindest jetzt unsere Regierung und das Unternehmen zuhören und Schritte unternehmen müssen. Denn 30 Jahre sind zu lang... um Gerechtigkeit zu erhalten.“



eine neue Vorladung vor ein Gericht in Bhopal. Amnesty fordert die indische und die US-Regierung auf, dafür zu sorgen, dass Dow Chemical ihr folgt.

VERSAGEN DER BEHÖRDEN. Dass sich die Verantwortlichen den rechtlichen Konsequenzen so lange entziehen konnten und die staatlichen Behörden in ihrer Schutzpflicht versagten, ist die zweite Katastrophe von Bhopal. Die erwartete mediale Aufmerksamkeit zum 30. Jahrestag gibt den Überlebenden noch einmal die Chance, der Weltöffentlichkeit ihre aktuelle Situation nahezubringen und den Druck auf die Regierungen zu erhöhen.

Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch multinationale Unternehmen stehen oft vor nahezu unüberwindlichen Hindernissen, um zu ihrem Recht zu gelangen.

TRAUMA DAUERT AN. Für die Opfer in Bhopal war die Erfahrung von 1984 traumatisch. Und dieses Trauma dauert bis heute an. Sie waren denn auch besonders hellhörig, als gefordert wurde, die sichtbaren Überreste des Unglücks (das „Schandmal“) zu beseitigen. Im Jahr 2005 hatte die indische Regierung einen Wettbewerb für ein Mahnmal ausgeschrieben, dabei aber stets den Abbau der Anlage favorisiert. Die Überlebenden der Katastrophe, die in die Planungen nicht einbezogen wurden, wandten sich daher im Februar 2009 an die Repräsentantin der UNESCO in Neu-Delhi mit der Bitte, dabei zu helfen, die Fabrikrüne als Ort des Erinnerns zu bewahren.

ERINNERUNG BEWAHREN. Inzwischen haben die Überlebenden den „Remember Bhopal Trust“ gegründet und wollen noch in diesem Jahr ein kleines Muse-

um errichten, das die Spuren der Zerstörungen und Verletzungen, an denen sie leiden, sichert und ihren Kampf um Gerechtigkeit nacherzählt. Sie bewahren ein tiefes Misstrauen gegenüber dem ungebremsen Gewinnstreben von Investoren und der Tatenlosigkeit, wenn nicht Komplizenschaft der Regierung, mit denen auch in Zukunft zu rechnen ist.

Mit dem Slogan „no more Bhopals“ gaben die Überlebenden ihrem Kampf eine globale und menschenrechtliche Perspektive. Die Erinnerung an das Unglück hält die verstörenden Fragen offen, die es aufgeworfen hat. Wir sollten sie als ständigen Appell begreifen, der Macht multinationaler Unternehmen weltweit rechtliche Grenzen zu setzen.

Michael Gottlob ist Sprecher der Indien-Kogruppe der deutschen Amnesty-Sektion.



RACHNA DHINGRA

„Unternehmen können nicht einfach kommen, Menschen töten und Landstriche verschmutzen - und ohne für irgendwas Verantwortung zu übernehmen, einfach wieder gehen.“

Rachna Dhingra arbeitete in einer internationalen Unternehmensberatung in den USA und studierte nebenbei in Michigan an der Universität, wo Dow seinen Hauptsitz hat. Das war 1999, 15 Jahre nach dem Bhopal Desaster, und einige Aktivisten protestierten gegen den Zusammenschluss von Carbide und Dow Chemical. Da realisierte Rachna, dass in Bhopal immer noch etwas sehr falsch lief. „So habe ich gehört, dass selbst nach so vielen Jahren das Desaster von Bhopal nicht nur weitergeht, sondern dass sich die Dinge verschlimmern haben.“

Zufälligerweise war Dow Chemical, das sich seit 2001 in den Händen der Union Carbide Corporation befindet, einer

von Rachnas Klienten in der Firma, für die sie arbeitet. „Ich dachte, ich könnte ein wenig Veränderung von innen bewirken“, sagte sie. „Nachdem ich das einige Zeit lang versucht habe, musste ich realisieren, dass das nicht möglich ist, weil Konzerne weder Herz noch Hirn haben. Sie fühlen sich nur ihren Shareholdern gegenüber verantwortlich und Gewinne abzuwerfen ist ihre einzige Agenda.“

Das zu realisieren, hat einiges in Rachnas Leben geändert. „Damals habe ich mich dafür entschieden, nach Bhopal zu kommen.“ Im Jahr 2003 ist sie hierhergezogen und geblieben.

„Der Grund warum ich weiterhin involviert bleibe ist, weil ich nicht glaube, dass es hier nur um ein Bhopal geht. Das Thema ist viel breiter – es geht um die Verantwortung von Unternehmen - und darum, wie ihre Verbrechen ungestraft bleiben.“

SATINATH „SATHYU“ SARANGI

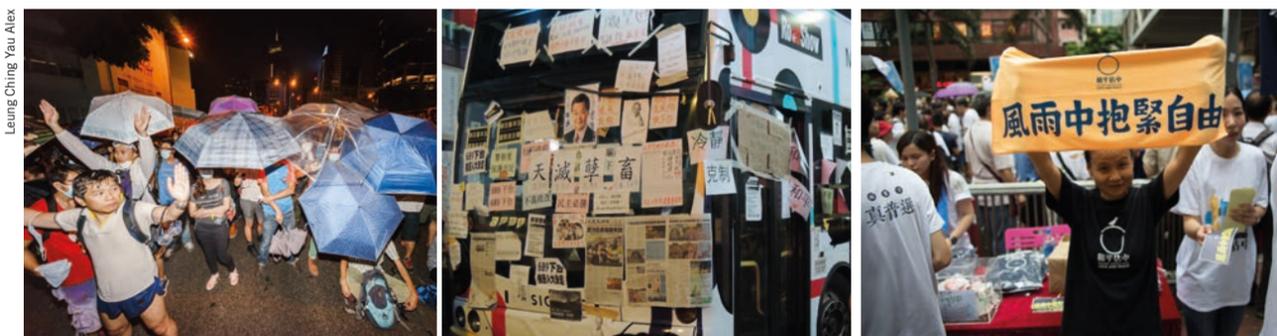
„Wenn ich heute auf die Fabrik schaue, dann stelle ich mir vor, wie man sie in ein kraftvolles Denkmal verwandeln könnte – ähnlich wie die Konzentrationslager von Dachau oder Buchenwald.“

Satinath Sarangi, besser bekannt als „Sathyu“, hat in einem kleinen Dorf ca. 100 km von Bhopal entfernt gearbeitet, als er im Radio von dem Gasleck in der Fabrik hörte. Die Nachricht klang damals nicht besonders ernst.

Trotzdem dachte er, er könnte vielleicht helfen. Als ausgebildeter Ingenieur hatte er das Gefühl, dass sein Wissen vielleicht gebraucht werden könnte. Also fuhr er einen Tag nachdem er von dem Leck gehört hatte nach Bhopal. „Ich wollte maximal eine Woche bleiben“, erinnert er sich. Aber er war nicht im Mindesten auf das vorbereitet, was ihn erwartete, als er ankam.

„So viele unterschiedliche Dinge passierten zur gleichen Zeit. Massenweise Unglück und Leid. Ich hab einen Mann getroffen, dessen Hände mit riesigen Blasen bedeckt waren. Er sagte, er habe drei Tage lang nichts anderes gemacht als Gräber geschaufelt - Massengräber. Und er grub und grub.“





WENN DIE FREIHEIT AUF DEM SPIEL STEHT

Text von Ming-yi Kou (Aus dem Englischen übersetzt von Robert Fellner)

Meine Generation, die post-90er Generation, hat viel zu verlieren, wenn Hong Kong eine jener Städte Chinas werden würde, wo man Informations- und Meinungsfreiheit einschränkt," schreibt der 18-jährige Joshua Wong in der *New York Times* am 30. Oktober.¹ Wong ist einer der studentischen Wegbereiter der sogenannten „Regenschirm-Revolution“, einer Protestbewegung, die Ende September in Hong Kong ihren Ausgang nimmt, und darüber hinaus begeisterter Social-Media-Anwender mit einer

240.000-Fans-starken Facebook-Seite. In dieser Stadt mit 7 Millionen Einwohnern, zählen Wongs Organisation „Scholarism“ und zwei andere Organisationen mehr als eine halbe Million Anhänger. Die Plattformen berichten rund um die Uhr über die Lage auf den besetzten Plätzen und über Neuigkeiten zu den nächsten Protestaktionen.

Diese Protestbewegung hätte sich nicht zu ihrem derzeitigen Ausmaß weiterentwickelt, wenn die modernen Kommunikationskanäle von den

Behörden blockiert worden wären. Aber Informationsfreiheit ist für den berühmten Finanzmarkt der Stadt einfach zu kostbar. Aus diesem Grund kann Hong Kong den Interventionen Pekings immer noch standhalten.

Hong Kongs Internetuser konnten in den letzten sechs Wochen aus dieser Situation Profit schlagen. Mehrere Online-Zeitungen, die jeweils mindestens 100.000 Follower erreichen, verzeichnen ein immenses Wachstum aufgrund der BürgerjournalistInnen vor Ort, die

bewaffnet mit Smartphones und Ladegeräten, die Webseiten unentgeltlich mit neuen Fotos und Videos versorgen. Diese Plattformen sprechen gezielt AktivistInnen quer durch das demokratische Spektrum an: viele von ihnen sind gemäßigte DemokratInnen, die den HauptakteurInnen zustimmen; aber es gibt auch Andersdenkende, die sich weniger um die Führung von Joshua Wong und seine Verbündeten kümmern. Es ist nicht korrekt, wenn man behauptet, dass die Leute auf den besetzten Plätzen alle einer Meinung sind. Sie unterscheiden sich in ihren Taktiken und diskutieren in Onlineforen, wo sie entscheiden, welche Besetzungen stattfinden und wo sie sich zurückziehen.

Ist die derzeitige Online-Freiheit also ein Paradies für die Regenschirm-„Revolutionäre“? Sicherlich nicht. Die Polizei hat bereits mehr als 10 Online-AktivistInnen, die angeblich ForenleserInnen dazu anstifteten, die Straßen zu besetzen, verhaftet. Die Kriminalverordnung, die ursprünglich erlassen wurde, um Online-Betrug und Gewerbe-Verbrechen zu ahnden, wird jetzt dafür missbraucht, diese Verhaftungen zu rechtfertigen. Aber die Polizei ist jetzt dazu übergegangen, dieses aus dem Zusammenhang gerissene Gesetz für die Einschränkung der Internetfreiheit und zur Unterdrückung politischer Mitsprache zu instrumentalisieren.

Im November beschleunigt die Regierung die Verabschiedung einer geänderten Urheberrechtsgesetzesvorlage, die von politischen AktivistInnen scharf kritisiert wird. Die AktivistInnen manipulieren vorhandene Bilder, Musik und Videos durch Sprechblasen, Songtexte, Untertitel oder Neuvertonungen für satirische Zwecke. Wenn das neue Gesetz erlassen wird, riskieren SatirikerInnen und YouTube-BenutzerInnen verfolgt oder bestraft zu werden, sofern sie nicht die Erlaubnis der Urheber eingeholt haben. Die Besorgnis, dass zukünftig die Meinungsfreiheit im Namen des Urheberrechtsschutzes eingeschränkt wird, ist enorm.

Den BewohnerInnen Hong Kongs waren lange Zeit ihre politischen Rechte vorenthalten, da die Regierung nicht gewählt wurde. Meinungs- und Informationsfreiheit waren ausschlaggebend für den außergewöhnlichen Charakter Hong Kongs. Jetzt sind diese Freiheiten die Grundlage der Protestbewegung. Der Trend, dass sich die Regierung jetzt weigert auf pro-demokratische DemonstrantInnen einzugehen und ihre Freiheiten schrittweise untergräbt, ist sehr beunruhigend. Vieles steht auf dem Spiel: Die idealistischen StudentInnen werden ihre Forderungen nicht leichtsinnig aufgeben.

¹ „Taking Back Hong Kong's Future“ on www.nytimes.com/2014/10/30/opinion/joshua-wong-taking-back-hong-kongs-future.html

Ming-yi Kou ist Absolvent des Vienna Human Rights Master Programms. Er wurde in Hong Kong geboren und war dort Teil der Protestgruppen, die Anfang September zu zivilem Ungehorsam aufrufen.

Robert Fellner ist Germanist und Menschenrechtsstudent und absolviert jetzt ein Praktikum bei Amnesty International Österreich.



Die Aktivistin Yvonne Leung Lai Kwong erzählt

„Wir kämpfen für eine echte Demokratie, aber auch die voranschreitende Ungleichheit ist ein Grund, warum sich junge Menschen in so großen Zahlen versammelt haben. Wir spüren, dass der soziale Aufstieg und die Karriereleiter für uns sehr schwer zu erklimmen sind.“

„Niemand führt unsere Aktivitäten an, aber es gibt Freiwillige, die spontan Aufgaben übernehmen. Zum Beispiel tauchen meine Kolleginnen aus dem Studentenheim jeden Morgen auf und legen Aufgaben für sich selbst fest. Ich habe Jugendliche auf Fahrrädern gesehen, die Essen an hungrige Demonstranten austeilten. Diese Zivilcourage ist auch der Grund, warum wir als die 'höflichsten Demonstranten' bezeichnet wurden.“

„Diese drei Wochen, die ich mit den gleichgesinnten DemonstrantInnen auf den Straßen verbracht habe, waren eine intensive Erfahrung. Viele von uns sind enge Freunde geworden, die wirklich um die Sicherheit der anderen bemüht sind. Ich bin Zeugin der großen Selbstdisziplin der StudentInnen und jungen Leute geworden. Sie haben die Aufräumarbeiten auf den Protestplätzen organisiert, und manche haben sich auch freiwillig gemeldet, um die Straßen sauber zu halten.“

„Ich bin der Meinung, dass die Leute jetzt weitermachen, weil sie von der ungebrochenen Überzeugung der jungen Leute, die eine echte Demokratie fordern, berührt wurden. Auch ich war berührt von den DemonstrantInnen, die auf den Straßen ausharren trotz des Einsatzes von Tränengas.“

ÖSTERREICHISCHE FRAUENGRUPPE UNTERWEGS IN KIRGISTAN UND TADSCHIKISTAN

Von Eva Bachinger



Im Flughafenbus in Istanbul fallen wir als Gruppe von fünf Europäerinnen auf. Einer, der in Antalya von Touristen Deutsch gelernt hat, spricht uns an: „Wohin reist ihr?“ Verdutzt antworten wir, na, nach Osh, wir sind ja im Bus zum Flieger. Noch verdutzt fragt er: „Aber warum dorthin?“ Unser Reiseziel Kirgistan wird von Europäern selten besucht, noch viel weniger die zweite Destination Tadschikistan, das wie ein weißer Fleck auf der Landkarte erscheint. Es kommt in der Berichterstattung kaum vor, man kennt die Hauptstadt nicht, man weiß nicht, welche Sprache dort gesprochen wird. Es mutet exotischer an als ein afrikanisches Land.

Bei der Ankunft in Osh sind wir angesichts der Abwicklung der Gepäcksabgabe etwas sprachlos: Ein Kleinlaster mit Anhänger fährt vor, Männer laden

die Gepäckstücke ab und werfen sie in die Ankunftshalle. Dutzende Reisende balgen sich um die Koffer, etliche Stücke bleiben herrenlos liegen. Unser Gepäck ist ebenfalls verschollen. Das wird ein Problem, weil wir uns gegen die allgegenwärtige Kälte wappnen müssen. Seit 1991 hat Tadschikistan keine Gaszufuhr via Usbekistan, da ein anhaltender Grenzkonflikt besteht. Der zornige Nachbar hat die Gasleitung einfach gekappt, so rosten die Rohre vor sich hin oder werden abmontiert. Holz ist teuer, weil die wenigen Bäume bereits seit Jahrzehnten rigoros abgeholzt werden. Wiederaufforstung gibt es kaum. Die Regierung unter Emomali Rachmon, seit 1994 Staatspräsident, kümmert sich nicht um Alternativen. So sitzt der Großteil der Bevölkerung im kontinentalen Winter in der Kälte oder bestenfalls vor Radiatoren. In Hotels blasen Klimaanlage warme Luft

in die Räume. Der Strombedarf ist dadurch enorm. Wasserkraft ist zwar üppig vorhanden, aber nicht für alle: „Für die Wohlhabenden gibt es immer Strom aus einer eigenen Leitung, für die vielen Ärmern fällt er hingegen oft aus“, erzählt Julia Weber, Projektkoordinatorin des Hilfswerks Austria. Zudem verkauft die Regierung den kostbaren Strom im Winter auch ins Ausland. Die Straßen sind häufig nur mit einem Jeep befahrbar, neuere Straßen werden von Baufirmen aus China errichtet. In Containersiedlungen hausen chinesische Strafgefangene und schufteten.

PRESSEFREIHEIT INEXISTENT. Rachmon ist säumig bei der Umsetzung fundamentaler Menschenrechte. Kritiker werden verhaftet, eingesperrt, gefoltert. Pressefreiheit existiert nicht. Wir reisen als Touristinnen ein, Interviews in der Öffentlichkeit sind nicht möglich. Fragt

man Menschen direkt nach ihrer politischen Meinung, nach Menschenrechten, weichen sie aus und antworten indifferent. „In Tadschikistan findet Folter und Misshandlung in einem Klima der Geheimhaltung statt. Häftlinge und ihre Familien haben Angst darüber zu sprechen und wenn sie es tun und es wagen Beschwerde einzulegen, werden die Täter kaum zur Rechenschaft gezogen“, berichtet Amnesty International in einem Länderbericht 2012. Im vergangenen Jahr fanden Wahlen statt, die OSZE beobachtete und stellte zahlreiche Mängel fest. Rachmon hat die Verfassung geändert um noch einmal antreten zu können, es gab Wahlplakate und Fernsehauftritte nur von ihm. „Die Wahlbehörden wurden nicht in demokratischen Prinzipien geschult. Das Verständnis, dass eine Wahl frei und geheim sein soll, auch innerhalb der Familie, ist nicht vorhanden. So kam es vor, dass ganze Familien in eine Wahlzelle gingen“, berichtet Weber, die als Wahlbeobachterin fungierte.

NÄHRBODEN FÜR RADIKALE STRÖMUNGEN. Das Dilemma – wie häufig in der Entwicklungszusammenarbeit – besteht auch hier: Die Regierung verlässt sich auf die Arbeit der NGOs und tut wenig um die Lage zu verbessern. Der deutsche Experte Mario Donga, der weltweit EZA-Projekte evaluiert, meint: „Es gibt zwei Strategien: Entweder stellen NGOs mehr Bedingungen an die Regierung oder sie setzen auf die Stärkung der Bevölkerung um eine Veränderung von unten zu bewirken“. Korruption existiere an allen Ecken und Enden, das Geld aus dem Ausland werde häufig in privaten Konsum und Hausbau gesteckt, weniger nachhaltig investiert. In Zentralasien tummeln sich mittlerweile viele NGOs, auch die EU, die viele Projekte teilfinanziert, hat geopolitische Interessen. Der Islamismus, von Afghanistan kommend, ist im Vormarsch. Nach dem Abzug der internationalen Truppen will man die Region stabil halten. Wenn die Straßen aber nicht sicher sind, die Spitäler nicht funktionieren und es keine Heizung gibt, ist das Nährboden für radikale Strömungen. Rachmon hält dagegen, indem zwar offiziell Religi-

onsfreiheit besteht, jedoch mit gewissen Beschränkungen. Das Kopftuch wird häufig getragen, aber es ist eher ein Schutz vor Hitze und Kälte sowie ein wichtiges Modeaccessoire. Tief verschleierte Frauen sieht man auf den Straßen kaum, aber sie nehmen zu.

OBERFLÄCHLICH ALLES RUHIG. Den Menschen ist die oberflächliche Ruhe viel wert, nach Jahren der massiven Umbrüche und Konflikte. Mit dem Zusammenbruch der sowjetischen Planwirtschaft versank eine Weltanschauung. Nun wird die freie Marktwirtschaft hochgehalten. „Wir brauchen mehr Profit, wir müssen mehr anbauen, mehr Einkommen erwirtschaften, dann können wir Häuser für unsere Enkelkinder bauen“, so der Bauer Kulchu Nojmiddinov. „Wenn betont wird, Profit müsse gesteigert werden, dann muss man das mit dem Hintergrund sehen, dass sie nur 50 Marillenbäume haben“, erklärt Weber dazu.

AUSWIRKUNGEN DER UKRAINEKRISE. Die meisten der 7,5 Millionen Tadschiken müssen mit zwei bis drei US-Dollar pro Tag auskommen. Etwa eine Million arbeitet vor allem in Russland, viele Familien sind auf dieses Geld angewiesen. Die Zahlungen machen mittlerweile die Hälfte des BIP von 8,6 Milliarden US-Dollar aus. Doch die Ukraine-Russland-Krise hat Folgen: Der Rubel ist gefallen, die Preise sind gestiegen, sodass die Gastarbeiter mit ihrem Lohn in Russland nicht mehr überleben können, geschweige denn Geld schicken können. Malika Boimuradova von der NGO Asti schildert: „Die tadschikischen Arbeiter werden zudem von Ukrainern verdrängt. Bei meinem letzten Besuch in Russland habe ich vor der Migrationsbehörde gesehen, dass sich alle anderen anstellen und lange warten müssen, Ukrainer dürfen hingegen vortreten und erhalten rasch ihre Dokumente.“ Dass tadschikische Arbeiter in Russland laut Experten wie ein „Stück Vieh“ behandelt werden, würden diese Männer nie zugeben. Sie sind nicht stolz darauf, dass sie weggehen müssen um ihre Familien ernähren zu können. Die Gruppe „Boghparvar#1“ von Bäuerinnen in Guliston,



eineinhalb Autostunden von Khudzhand entfernt, versucht unabhängiger zu werden. Sie durchlaufen derzeit mit Unterstützung des Hilfswerks ein Zertifizierungsverfahren, um für ihre getrockneten Marillen das Fair-Trade-Gütesiegel zu bekommen. „Ich habe am Markt ein Kilo Marillen um einen Dollar verkauft, der Zwischenhändler hat ihn um drei Dollar weiterverkauft. Wir arbeiten und investieren so viel, das tut im Herzen weh und ist entwürdigend“, so Bibikhon Abdumannonova. „Ich habe diesen Händler verflucht“.

Eva Maria Bachinger lebt als freie Journalistin in Wien.

30 JAHRE UN-ANTI-FOLTERKONVENTION

Von Robert Fellner



Wer gefoltert wurde, bleibt gefoltert“, rekapituliert Jean Améry Jahre nachdem er in Fort Breendonk auf abscheulichste Weise misshandelt wird. „Ich baumle noch immer“, schreibt er über das beklemmende Gefühl, das ihn Jahrzehnte danach immer noch heimsucht. Der ihm zugefügte Schmerz setzt sich in alptraumhafter Erinnerung lebenslang fort. An den Handgelenken rücklings aufgehängt, bis die Schultern aus den Pfannen springen. Die Peitschenhiebe mit dem Ochsenziemer schneiden blutige Striemen in seine Haut. Die Tortur hat sich unauflöslich in sein Gedächtnis eingebrannt. Das Verankertsein des Ichs in der Welt geht mit dem ersten Schlag unwiederbringlich verloren. Das Weltvertrauen, wie der Autor es nennt, stürzt in sich zusammen. Freunde und Familie eilen nicht zur Hilfe. Keine schützende Hand pariert den nächsten Schlag. Der herausgebrüllte Schmerz bleibt unerhört. Das Gefühl des vollkommenen Ausgeliefertseins mündet in existenzbedrohender Isolation. Die Welt wird enger und enger mit jedem

Schlag, reduziert sich auf Folterer und Gefolterten. Améry findet nicht wieder heraus aus diesem Labyrinth. Er begeht am 17. Oktober 1978 Selbstmord.

BAHNBRECHENDE EREIGNISSE. Sieben Jahre vor Amérys Tod initiiert Amnesty International die erste globale „Kampagne zur Abschaffung der Folter“. In nur zwölf Monaten gelingt es, eine Petition mit über einer Million Unterschriften zu sammeln. Kurze Zeit später bekräftigt die UNO-Vollversammlung in einer Resolution die Dringlichkeit, Folter international zu ächten und zu bekämpfen. Im Anschluss an die zweite Amnesty Anti-Folter-Kampagne 1984 verabschieden die Vereinten Nationen am 10. Dezember 1984 das „Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Strafe.“ Das wegweisende Dokument legt konkrete Schritte fest, um Folterern das Handwerk zu legen; es zeigt auf, wie Folter verhindert werden kann, wie TäterInnen zur Rechenschaft gezogen werden können und fordert Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Die

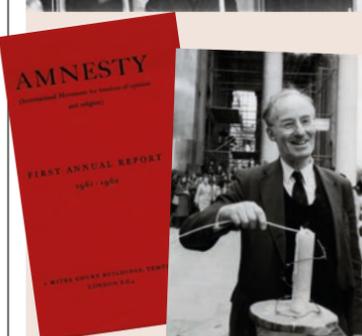
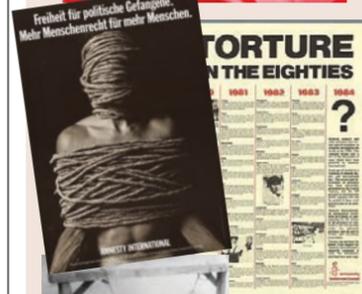
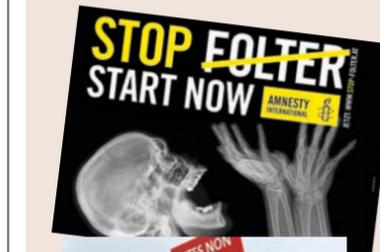
UN-Antifolterkonvention untermauert, dass die Freiheit von Folter sowohl notstandsgeltend als auch absolut ist und bietet eine verlässliche internationale Rechtsgrundlage im Kampf gegen Folter. Wer Folter begeht, stellt sich gegen den Willen der internationalen Gemeinschaft, gegen die grundlegenden Prinzipien menschlicher Sozialkontrakte und begeht die Fürchterlichste aller Menschenrechtsverletzungen. Folter ist unter keinen Umständen zu rechtfertigen, legt die UN-Antifolterkonvention fest: Selbst im Fall von Aufständen, Kriegen oder Ausnahmezuständen sind Staaten völkerrechtlich dazu verpflichtet, Folter zu verhindern. Das Dokument stellt sicher, dass niemand zum Zweck der Folter in ein anderes Land verschleppt werden darf und dass TäterInnen sich in keinem anderen Land verbergen dürfen. Dennoch: Auch 30 Jahre nach der Absegnung der UN-Antifolterkonvention ist Folter grausame Realität in vielen Staaten der Welt.

Amnesty International hat im vergangenen Jahr 27 Foltermethoden doku-

mentiert, die von Stromschlägen, über Einflößen von Chemikalien, Durchstechen von Gelenken bis hin zu Vergewaltigungen und Übergießen des Rückens mit geschmolzenem Plastik reichen. Der Folterer, so Améry, zwingt dem Gefolterten seine Körperlichkeit auf. Ein lebenslanges Trauma, von dem es kein Entrinnen gibt, ist die erschütternde Folge. Auch Jahrzehnte nach der Folter sind Betroffene oft nicht fähig, über das, was ihnen widerfahren ist, zu sprechen. Folterer missbrauchen die Sprache des Opfers und instrumentalisieren sie mit erzwungenen Geständnissen gegen den Gefolterten. Das Durchlebte ist nicht mitteilbar, der Schmerz unaussprechlich. Wir erheben deshalb weltweit unsere Stimmen und kämpfen unter Anwendung der rechtlichen Regeln der UN-Antifolterkonvention hartnäckig, eloquent und ohne Unterlass gegen die Gräueltaten der Folterstaaten an.

Robert Fellner ist Germanist und Menschenrechtsstudent und absolviert jetzt ein Praktikum bei Amnesty International Österreich.

AMNESTYS KAMPF GEGEN FOLTER



- 2014 Start der internationalen Amnesty-Kampagne „Stop Folter – Start Now“.
- 2008 Erweiterte Begriffsdefinition durch die UN. Auch Straftaten wie Vergewaltigung und häusliche Gewalt können unter den Folterbegriff fallen.
- 2002 Zusatzprotokoll zur UN-Antifolterkonvention wird verabschiedet. Es sieht vor, dass Haftanstalten und andere Orte der Freiheitsentziehung regelmäßig von einer unabhängigen Stelle besucht, die Haftbedingungen kontrolliert und Empfehlungen abgegeben werden.
- 1997 26. Juni wird zum Tag des Folteropfers. Die UN erklärt den 26. Juni zum Tag des Folteropfers. Amnesty entlarvt 100 Firmen in der ganzen Welt, die Folterinstrumente herstellen und verkaufen.
- 1987 Inkrafttreten der UN-Antifolterkonvention. Nach jahrelanger Kampagnenarbeit von Amnesty tritt die UN-Antifolterkonvention am 26. Juni 1987 in Kraft, die 1984 von der UN-Generalversammlung verabschiedet worden war.
- 1984 Verabschiedung der UN Anti-Folterkonvention und 12-Punkte-Programm von Amnesty zur Verhütung von Folter durch Angehörige staatlicher Stellen.
- 1973 UN-Resolution zur Verurteilung von Folter. Die UN-Generalversammlung gibt dem öffentlichen Druck, u. a. von Amnesty, nach und stimmt der allerersten Resolution zur Verurteilung von Folter zu.
- 1972 Erste weltweite Amnesty-Kampagne gegen Folter

MUSIK ALS FOLTERMETHODE

Die Beschallung mit Musik wird sehr häufig als Methode der Folter eingesetzt, oft zusammen mit dem Tragen von Kapuzen und Stresspositionen; dies führt ziemlich schnell zu Persönlichkeitsveränderungen und psychischen Schäden, wie es auch von Guantanamo und Abu Ghraib bekannt ist.

Eszter Mák im Interview mit Morag J. Grant

Eszter Mák: Wie wird die Musik bei Folter eingesetzt?

Morag J. Grant: Es gibt zwei hauptsächliche Formen, die Beschallung mit Musik und das erzwungene Singen und Musizieren. Im Rahmen unserer Forschung haben wir jeden möglichen Zusammenhang zwischen Musik und Folter geprüft. Auch deswegen, weil wir die Tendenz gesehen haben, dass man in den ganz wenigen Berichten, wo die Musik bei Folter überhaupt erwähnt wird, annimmt, dass die Funktion der Musik darin besteht, die Geräusche von anderen Foltermethoden zu überdecken. Aber wenn man genauer hinsieht, sieht man, dass die Musik von Folterern viel bewusster eingesetzt und vom Gefangenen oft als traumatisierende Quälerei erlebt wird.

Haben diese Foltermethoden und Techniken spezielle Auswirkungen?

Die Musik kann sehr mit Erinnerungen verbunden sein, kann also auch nach der Haft diese Zeit wieder hervorrufen und die Überlebenden weiter traumatisieren. Wir wissen auch von Fällen, wo die Musik genau zu diesem Zweck eingesetzt worden ist. In der Türkei wird erzwungenes Singen massenweise eingesetzt. Eine Therapeutin, die in Wien mit ehemaligen kurdischen Gefangenen arbeitet, hat mir erzählt, dass einige ihrer Patienten bestimmte türkische Bezirke in Wien meiden, weil sie dort die Lieder, mit denen sie misshandelt worden sind, wieder hören könnten.

Das macht die Rehabilitation der Überlebenden noch schwieriger. Kann die Musik als Heilmittel angewandt werden?

Sehr wohl. Es gibt Musiktherapien mit unterschiedlichen Methoden, die sehr erfolgreich sein können. Ich finde dabei interessant, dass man durch



Thinistock



Dr. Morag J. Grant, Musikwissenschaftlerin, erforscht die Rolle von Musik bei gewaltsamen Konflikten bis hin zu Kriegsverbrechen, Völkermord und Folter. Als Aktivistin und Trainerin engagiert sie sich auch bei Amnesty International Deutschland. Sie hielt auf Einladung des Musikfilmfestivals „MY Sound Of Music“ im Oktober 2014 in Salzburg einen Vortrag und Workshop zum Thema Musikfolter und andere psychische Foltermethoden.

diese Behandlungen gut verstehen kann, weshalb die Musik auch ein Folterinstrument sein kann. In der Therapie wird der Patient eingeladen, sich durch Musik auszudrücken und der Therapeut versucht das zu begleiten und zu unterstützen. Das stellt die Foldersituation komplett auf den Kopf, denn dort hatte die Person eben gar keine Macht darüber – weder über die Musik noch über irgendeinen weiteren Aspekt seines Lebens. Musik hat immer mit Beziehungen zwischen Menschen zu tun: Bei Folter drückt sie die absolute Herrschaft der Folterer aus, bei der Therapie hingegen versucht man mit Musik Vertrauen wieder aufzubauen.

Was waren die Ziele deiner Forschungen?

Gegen psychische Folter Widerstand zu leisten ist fast unmöglich, weil die meisten Leute einfach nicht glauben, dass es Folter ist. Wir versuchten erstens ein Bild aufzubauen, was alles zu Musikfolter gehört, weil leider unsere Erfahrung ist, dass selbst Organisationen wie Amnesty – ich liebe Amnesty, es liegt mir sehr am Herzen – darüber nicht berichten. Selbst in der neuen Antifolter-Kampagne habe ich bislang keinen Hinweis darüber gefunden, wie mit Musik, Lärm oder absolute Stille bei Folter operiert wird. Jedoch wenn man mit Ärzten oder mit Therapeuten – die mit Überlebenden arbeiten – redet, wird gesagt, die Musik soll man nicht unterschätzen, hat eine viel wichtigere Rolle als man denkt. Auch einer der Einzelfälle der Kampagne liefert ein Beispiel: Claudia Medina hat erzählt, wie immer Musik gespielt wurde, als ihr Elektroschocks gegeben wurden.

http://social-musicology.net/socmus/music_and_torture.html

AKTUELL

Ausbeutung von Arbeitern im Vorfeld der WM 2022 KATAR VERSÄUMT SCHUTZ SEINER GASTARBEITER



REUTERS/Tringer

Doha – Arbeitsmigranten werden in dem Golfstaat, der 2022 die Fußball-Weltmeisterschaft ausrichten soll, noch immer ausgenutzt. Trotz versprochener Reformen tut das künftige WM-Gastgeberland Katar weiterhin zu wenig gegen den Missbrauch von Gastarbeitern im Land.

„Die Zeit verrinnt, Katar hat den Zuschlag als WM-Gastgeber bereits vor vier Jahren erhalten. Bisher beschränkt sich die Regierung auf Versprechen und Gesetzesentwürfe beim Kampf gegen die verbreitete Ausbeutung der Arbeitsmigranten. Das ist erbärmlich wenig“, sagt Heinz Patzelt von Amnesty International Österreich. Ausländische Arbeiter müssen die Genehmigung ihres Arbeitgebers einholen, wenn sie diesen wechseln oder Katar verlassen möchten. Das kann dazu führen, dass ausgebeutete Arbeiter festsitzen, das Land nicht verlassen können und es fördert Zwangsarbeit.

„Dringende Maßnahmen sind gefordert. Sonst feiern wir 2022 eine Fußballweltmeisterschaft, die auf Zwangsarbeit und Ausbeutung aufgebaut ist“, so Patzelt.



ÖSTERREICHISCHER FOLTER-FALL BAKARY J.: Polizisten betreiben Verleumdungskampagne

Wien – Die Angst vor künftigen Zahlungen dürfte wohl der Grund für den Widerruf der Geständnisse der Polizisten – acht Jahre nach ihrer Verurteilung – sein. Ihre Wiederaufnahmeanträge stützen sich auf ein skandalöses Gutachten, das völlig am Thema vorbei das Opfer noch einmal neu traumatisiert und eine Richterin die damit kein Problem hat.

Während Bakary J. nach 6 Jahren mit den Folgen seiner Tortur kämpft und die restlichen Entschädigungszahlungen noch geklärt werden müssen, befürchten die Polizisten, dass sie bis an ihr Lebensende zahlen müssen.

Jetzt zeigen sich die Versäumnisse der Vergangenheit: Nie wurde die Lügengeschichte der Polizisten geahndet, mit der sie den Schwerverletzten in der Notaufnahme des Krankenhauses abliefern, nie die Rolle des Notaufnahmepersonals untersucht, und nie der zuständige Gefängnisarzt zur Verantwortung gezogen, der den Verletzten in eine normale Gefängniszelle bringen ließ, anstatt ihm die notwendigen Behandlungen zukommen zu lassen.

Diese Versäumnisse schwächen jetzt die Position des Opfers. „Es ist eine Ungeheuerlichkeit, was hier passiert“, konstatiert Heinz Patzelt. „Folteropfer brauchen Schutz und Sicherheit – und nicht die Verleugnung der Tat!“

EUROPA ÄNDERT SEINE FLÜCHTLINGSPOLITIK IM MITTELMEER Aktion „Triton“ steht unter Kritik

Rom – Jedes Jahr sterben im Mittelmeer Tausende Flüchtlinge. Wegen der Krisen in Nahost und Afrika kommen immer mehr Menschen mangels Alternativen auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nach Europa. Die italienische Marine hat mit ihrer Operation „Mare Nostrum“ seit gut einem Jahr bislang mehr als 155.000 Menschen aus Seenot gerettet. Sie soll aber nach Willen der italienischen Regierung auslaufen, denn Italien ist von den Aufgaben und Kosten überfordert.

Deshalb erhält Rom nun bei der Überwachung seiner Küstengewässer Unterstützung von der EU. Am 1. November startete die Mission „Triton“, ein Projekt der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Menschenrechtsorganisationen befürchten einen humanitären Rückschritt und neue Tote im Mittelmeer.

„Triton wird einer umfassenden Seenotrettung nicht gerecht: Das Einsatzgebiet auf dem Meer für die Rettung von schutzsuchenden Menschen ist viel zu klein. Die finanziellen Mittel reichen hinten und vorne nicht. Das Mandat von Frontex liegt auf dem Grenzschutz und nicht darauf, Menschen vor dem Ertrinken zu retten.“



REUTERS/Marina Militare

AMNESTY BRIEFMARATHON UND SEINE VIELEN GESICHTER

„Wir können nicht die Hände in den Schoß legen und erwarten, dass sich die Probleme auf der Welt von selbst lösen, oder sich jemand anderes darum kümmert. Wir müssen es selbst tun.“

Martin H.,
Amnesty International-Aktivist

Jedes Jahr im Dezember schreiben wir gemeinsam mit hunderttausenden Menschen im Rahmen des Amnesty International-Briefmarathons Briefe, Appelle, E-Mails und Postkarten zugunsten von Menschen in Gefahr. Mit diesen Aktionen üben wir Druck auf die politischen Verantwortlichen aus und setzen ein Zeichen der Solidarität!

Dieser Einsatz beim Briefmarathon nimmt dabei unterschiedliche Formen und Gesichter an: SchülerInnen, die gemeinsam Briefe und Solidaritätskarten schreiben; Amnesty-MitarbeiterInnen und ehrenamtliche Mitglieder, die Events und Aktionen organisieren und an kalten Wintertagen unermüdlich Unterschriften sammeln; SpenderInnen, die uns nicht nur die notwendigen finanziellen Mitteln zur Verfügung stellen, sondern auch mit ihrer Unterschrift die Stimme von MenschenrechtsverteidigerInnen und Betroffenen von Menschenrechtsverletzung stärken; Online-AktivistInnen, die über unsere Website einen Appell abschicken oder über Facebook und andere soziale Plattformen ihre Mitmenschen auf den Briefmarathon aufmerksam machen. Von Taxenbach in Salzburg bis Ulaanbaatar in der Mongolei, von Ontario in Kanada über Rabat in Marokko bis Kapstadt in Südafrika - weltweit zeigen Menschen, dass Zusammenhalt stärker ist als Unterdrückung!



BHAK EISENERZ



GYMNASIUM DACHSBERG



SpenderInnen schreiben für Menschen in Gefahr

Jedes Jahr nehmen tausende Amnesty-SpenderInnen in Österreich am Briefmarathon teil. Ihre finanzielle Unterstützung macht unsere Menschenrechtsarbeit überhaupt erst möglich. Mit ihren Postkarten und Briefen stärken sie zusätzlich die Stimmen von MenschenrechtsverteidigerInnen und Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen!

„Ich bin naturgemäß kein besonders freigeibiger Mensch. Bei Amnesty International allerdings will ich, sollte man, ja muss man, eine Ausnahme machen!“
Helmut H., langjähriger Spender von Amnesty International

„Sie können auch dieses Jahr beim Briefmarathon wieder auf mich zählen.“
Gertraud S., langjährige Spenderin von Amnesty International

Briefmarathon an Schulen

Über 150 Schulklassen und etwa 2.500 SchülerInnen aus ganz Österreich nehmen jedes Jahr am Amnesty-Briefmarathon teil. Durch die Appellbriefaktion wird den SchülerInnen vermittelt, dass sie handlungsmächtig sind und was bewirken können.

„Sich für andere Menschen stark zu machen, ist ein schönes Gefühl.“
Schüler PTS Taxenbach

Der Amnesty-Briefmarathon – eine weltweite Bewegung!

Hunderte Aktionen und Veranstaltungen finden im Rahmen des Amnesty-Briefmarathons rund um den Globus statt. Über die ganze Welt verteilt setzen sich Menschen für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen ein: Amnesty-Brasilien sammelte beim Briefmarathon 2013 beispielsweise Unterschriften am Strand von Rio de Janeiro, AktivistInnen in Chile machten mit einer Fahrradtour und einem lebensgroßen Amnesty-Stift durch die Hauptstadt Santiago de Chile auf den Briefmarathon aufmerksam und in der Mongolei fand eine Briefmarathon-Aktion auf der Polizeiakademie statt. Unterschiedlichste Menschen und Aktionen, ein gemeinsames Ziel: Alle Menschenrechte für alle!

BRIEFMARATHON-AKTION IN



ALGERIEN



LOMÉ, TOGO



CHILE



MONGOLEI

Amnesty-AktivistInnen beim Briefmarathon



Laurent Ziegler

„Es gibt tausende Menschen, die aus demselben Grund eine Aktion machen oder gegen eine Regierung protestieren. Jede und Jeder kann etwas bewirken!“ Alex P., Amnesty-Aktivistin aus Wien

„Briefmarathon ist für mich: Jede Sekunde auf der Straße mit vollem Einsatz für Menschen in Gefahr zu sein!“ Mike S., Amnesty-Mitarbeiter/AIWWF

Der gemeinsame Einsatz zeigt Wirkung:



Nach über einem Jahr in Haft, wurde Yorm Bopha am Freitag, den 22. November 2013, aufgrund des großen internationalen Drucks gegen Kaution freigelassen.

„Danke an alle Briefmarathon-UnterstützerInnen! Eure Kampagne hatte großen Erfolg, wie meine Freilassung zeigt! Wenn wir alle zusammenhalten, sind wir am erfolgreichsten!“
Yorm Bopha, Kambodscha



Der belarussische Menschenrechtsaktivist und Vorsitzende des Menschenrechtszentrums Viasna in Minsk, Ales Bialiatski, wurde im Juni 2014 freigelassen. Hunderttausende Menschen in über 80 Ländern haben beim Briefmarathon 2012 Briefe geschrieben und seine Freilassung gefordert.

„Ich wurde von einer Lawine von Briefen und Grußbotschaften bedeckt. Vor allem die Briefe von ganz 'normalen' Menschen machten einen Riesenunterschied für mich und ich möchte mich speziell bei all diesen Menschen bedanken.“
Ales Bialiatski, Belarus

ES IST DER EINSATZ JEDER/S EINZELNEN VON UNS, DIE SUMME UNSERES ENGAGEMENTS, DIE DEN BRIEFMARATHON ZUM GRÖSSTEN MENSCHENRECHTSEVENT DER WELT MACHT.



DIE VERZWEIFELTEN ELTERN VON ERKIN MUSAEV GEBEN DIE HOFFUNG NICHT AUF

„MEIN SOHN IST KEIN SPION“

Usbekistan ist eines der autoritärsten Länder der Welt. Für seine Meinung einzustehen, kann hier gefährlich sein. Fast neun Jahre nachdem sein Sohn Erkin der Spionage angeklagt und in Folge gefoltert und eingesperrt wurde, erzählt Aidzhan Musaev seine Geschichte.

In den vergangenen neun Jahren habe ich unzählige Briefe an die Behörden geschrieben. Wegen des hohen Risikos erlaube ich sonst niemandem, an seinem Fall zu arbeiten und schreibe alle Briefe selbst. Ich bin ein alter Mann und ich habe Angst um die Sicherheit meiner Kinder und Enkelkinder. Ein Jahr lang habe ich versucht, einen Termin beim Oberstaatsanwalt zu bekommen – aber er wollte mich nicht sehen.

Der Briefmarathon gibt mir große Hoffnung, dass der Fall meines Sohnes Erkin doch noch die nötige Aufmerksamkeit erhalten wird. Ich scheue keinen Aufwand, um Gerechtigkeit zu erhalten.

POLITISCHE SPIELE. Im Jahr 2006 wurde Erkin am Flughafen verhaftet, als er von Usbekistan nach Kirgistan fliegen wollte, wo er an einer Konferenz des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), für das er arbeitete, teilnehmen wollte. Dabei war ein Ordner mit sensiblen Informationen in sein Gepäck geschmuggelt worden.

Von diesem Moment an wussten wir nichts mehr über seinen Verbleib. Nicht einmal, ob er noch am Leben war. Schließlich, nach 10 Tagen, fanden wir heraus, dass Erkin vom nationalen Sicherheitsdienst festgehalten wurde. Es sollte mehr als 5 Monate dauern, bis ich ihn sehen konnte.

EIN ANDERER MENSCH. Während wir nach Erkin suchten, war er brutal gefoltert worden. Über einen Monat lang wurde er tagsüber geschlagen und in der Nacht befragt. Man hatte ihm gesagt, dass seine Familie ihn verraten hätte. Er war gezwungen worden, ein Geständnis abzulegen, dass er ein Spion sei. Ich kann meine Gefühle nicht in Worte fassen, als ich herausgefunden habe, was mit ihm passiert war. Eine Mischung aus Trauer, Frustration, Unverständnis und Schmerz. Aber auch eine Entschlossenheit, für Gerechtigkeit zu kämpfen. Vielleicht wurden wir in ein politisches Spiel verstrickt und können nichts dagegen tun.

Erkin war bei seinen Freunden und Kollegen als ehrlicher und bescheide-

ner Mann bekannt. Er hat sein Bestes gegeben, um seine Lieben zu unterstützen, und das hat sich nicht geändert. Aber nach neun Jahren im Gefängnis gibt es keinen Zweifel, dass sich sein Geist geändert hat. Die Folter und der psychische Druck haben ihn altern lassen, und er braucht dringend medizinische Hilfe. Im Gefängnis bekommt er höchstens Aspirin.

Erkin liebt es zu lernen, und er hat mich einmal gebeten, ihm ein Französischbuch zu bringen, damit er sich selbst die Sprache beibringen könne (sein Englisch ist nahezu perfekt). Aber schon ein einfaches Französischlehrbuch hat ihm Probleme bereitet. Die Gefängnisbeamten – selbst großteils Analphabeten – haben ihn einen Spion genannt, weil er fremde Bücher liest.

Trotz allem gibt Erkin die Hoffnung nicht auf, dass die Gerechtigkeit siegen wird. In einem seiner letzten Briefe hat er darum gebeten, seinen Fall bis zum Ende durchzufechten, um seine Ehre wiederherzustellen – was auch immer mit ihm passiert.

ERFOLGE

RUSSISCHE AKTIVISTEN FREI



BRIEFMARATHON 2013 MIKHAIL KOSENKO

Vladimir Akimenkov und Mikhail Kosenko von den drei „Bolotnaya Protestierenden“ wurden freigelassen!

Beide waren im Juni 2012 verhaftet und in Untersuchungshaft genommen worden, nachdem sie sich am 6. Mai friedlich an den Protesten auf dem Bolotnaya-Platz beteiligt hatten. Ein Gericht sprach sie der „Beteiligung an Massenunruhen“ und der „Gewaltausübung gegen Polizisten“ schuldig. Vladimir Akimenkov wurde im Dezember 2013 im Rahmen einer Amnestie freigelassen. Mikhail Kosenko, der in eine psychiatrische Einrichtung zwangseingewiesen worden war, kam im Juli 2014 frei.

Artiom Saviolov, der dritte in der Bolotnaya Gruppe, und ebenfalls als Gewissensgefangener anerkannt, sitzt noch in Haft.



BRIEFMARATHON 2013 VLADIMIR AKIMENKOV



MEXIKO: ÁNGEL COLÓN IST FREI!!! EIN ERSTER GROSSER ERFOLG DER STOP FOLTER KAMPAGNE

Ángel Amílcar Colón Quevedo, ein Einwanderer aus Honduras, der in Polizeigewahrsam gefoltert worden war, ist nach fünf Jahren Untersuchungshaft endlich freigelassen worden!

Weil er ein Migrant mit dunkler Hautfarbe ist, war Ángel Colón vor fünf Jahren von Polizei und Militär geschlagen, mit einer Plastiktüte erstickt, zu erniedrigenden Handlungen gezwungen und rassistischen Beschimpfungen ausgesetzt worden. Die Anklage gegen ihn berief sich auf eine Falschaussage, zu der er unter Folter gezwungen worden war. Amnesty International hatte ihn daher zum gewaltlosen politischen Gefangenen erklärt.

Nachdem sich Amnesty AktivistInnen aus aller Welt für seine Freilassung und gegen Folter in Mexiko ausgesprochen hatten, hat die mexikanische Generalstaatsanwaltschaft nun alle Vorwürfe gegen Miguel Ángel Colón fallen gelassen und ihn bedingungslos entlassen.

Wir freuen uns über diesen Schritt, aber er war längst überfällig. Ángel Colón hat fünf Jahre seines Lebens in Untersuchungshaft vergeudet.

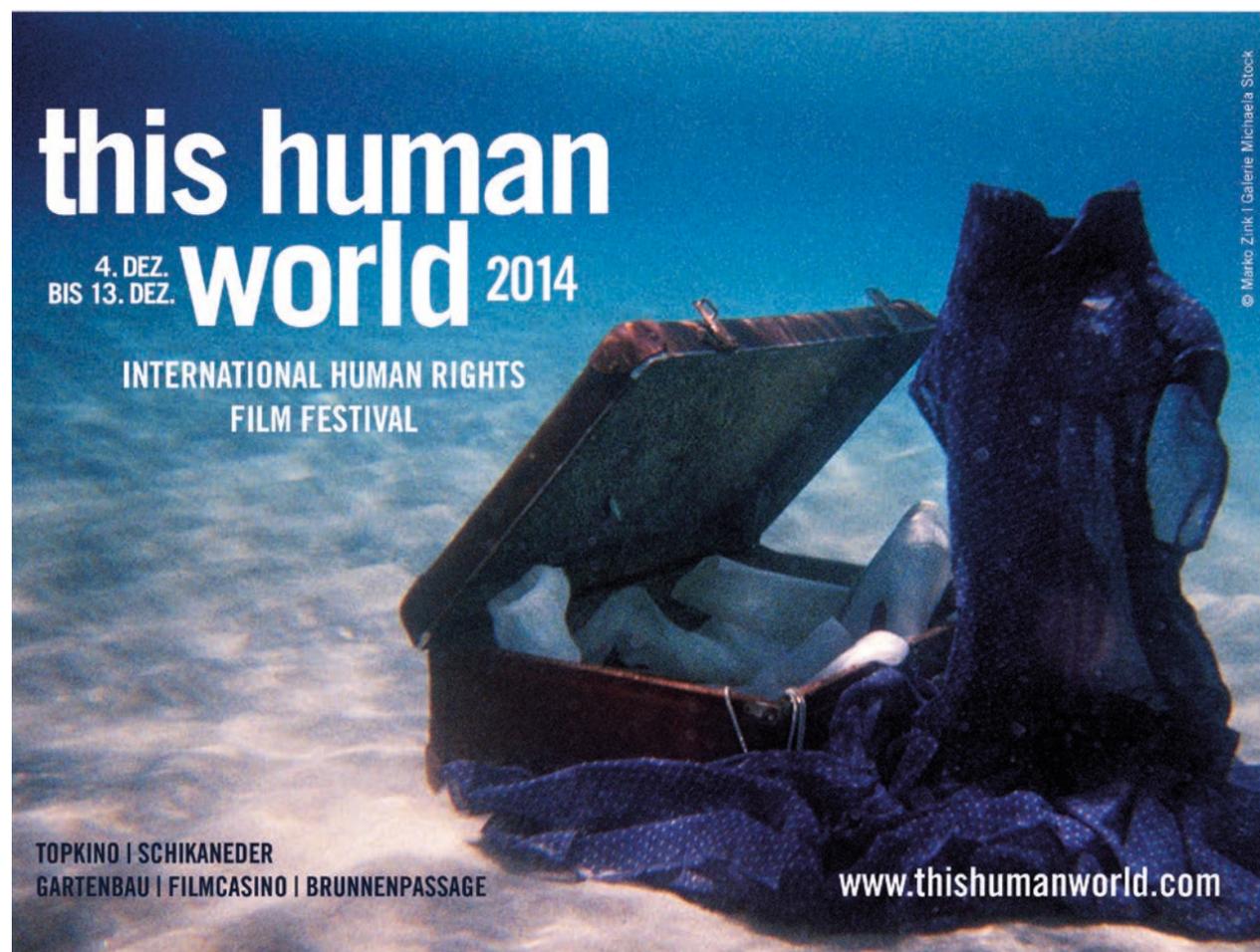
YORM BOPHA FREIGELASSEN

Am 22. November 2013 wurde Yorm Bopha, die kambodschanische Aktivistin gegen rechtswidrige Zwangsräumungen, gegen Kautions freigelassen. „Ich bin so glücklich“, sagte sie zu Amnesty International nach ihrer Freilassung, als sie erfuhr, dass sich 90.000 Menschen für sie eingesetzt hatten. „Dies zeigte mir und anderen KambodschanerInnen, dass wir nicht alleine sind. Ich möchte mich bei Amnesty International dafür bedanken, dass ihr meiner Community und mir selbst geholfen und uns unterstützt habt. Ich danke allen Menschen, die ihre Zeit dafür aufgewendet haben, Appellbriefe für meine Freilassung an die Regierung zu schreiben. Ich hoffe, dass alle ihre Unterstützung fortsetzen werden, nicht nur für die Boeung Kok Community, sondern auch für andere Gruppen, andere Länder, in denen Menschenrechte nicht respektiert werden.“

Weltweit wurden beim Briefmarathon 2013 über 2,3 Millionen Appelle verschickt. Allein aus Österreich wurden 34.000 Briefe und Online-Appelle für die betroffenen Menschen in Gefahr versendet.



BRIEFMARATHON 2013 YORM BOPHA



Menschenrechte mit Filmen vermitteln

Die filmischen Schwerpunkte bei *this human world* setzen sich jedes Jahr aus brisanten, spannenden und aktuellen Themen (wie heuer etwa der Fokus *Syrien – die Kamera als Lebenszeichen*) aber auch bereits bewährten Schwerpunkten (wie *this human WORKS*) zusammen.

Jeder Schwerpunkt beinhaltet eine Auswahl an Filmen, die die jeweilige Thematik von unterschiedlichsten Standpunkten aus beleuchten. Durch das zusätzlich angebotene Begleitprogramm wie Expertendiskussionen, Gespräche mit den Filmemachern und Filmemacherinnen, Workshops und mehr, kann sich das Publikum dann auch direkt einbringen sowie sich vertiefend mit bestimmten Themen auseinandersetzen.



A WORLD OF PRISONS?

Der diesjährige *this human world* Hauptschwerpunkt eröffnet rare Einblicke hinter die dicken Mauern und hohen Zäune einer abgekapselten Welt.

this human world beleuchtet heuer anhand von aktuellen Filmproduktionen verschiedene Aspekte rund um das Thema Gefängnis. Wie geht die

Gesellschaft beispielsweise mit „unzurechnungsfähigen“ StraftäterInnen um? Die außergewöhnliche belgische Produktion 9999 lässt als psychisch abnorm eingestufte

RechtsbrecherInnen in einer nie dagewesenen Form, Raum und Zeit, um ihre Situation im Gefängnis zu reflektieren. Während *EU 013*, *The Last Frontier* sich mit „Identification and Expulsion Centers“ in Italien auseinandersetzt, diskutiert der Kurzfilm *Entwürfe* den Bau eines als „human“ präsentierten Abschiebegefängnisses im steirischen Vordernberg.

Der Schwerpunkt wurde kuratiert von Zora Bachmann, Brigitta Freigassner, Rebekka Simpson und Joanna Wilk.

„Internationale Unterstützung bedeutet alles“

Umida Niyazova arbeitete als Journalistin und Menschenrechtlerin in Usbekistan, bis sie 2007 verhaftet und zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde. Mit Hilfe internationaler Kampagnen wurde sie nach vier Monaten entlassen. Ein einjähriges Engagement bei Human Rights Watch führte sie 2008 nach Berlin. Nachdem sich die Berichte über Verhaftungswellen, ungeklärte Todesfälle in Gefängnissen und die Verfolgung von JournalistInnen mehrten, kehrte sie nicht nach Usbekistan zurück.



UMIDA NIYAZOVA BEOBACHTET VON BERLIN AUS MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN IHRER HEIMAT USBEKISTAN

Als Sie verhaftet wurden, haben sich Menschenrechtsorganisationen, darunter auch Amnesty International, für Ihre Freilassung eingesetzt. Was hat diese Unterstützung für Sie bedeutet?

Internationale Unterstützung bedeutet in so einer Situation alles. Den ersten Monat in Haft wurde ich komplett isoliert, ich traf niemanden. Keine Anwälte, keine Familie. Immer wieder wurde ich verhört. Der Ermittlungsbeamte sagte mir, dass in den ersten Tagen nach meiner Verhaftung einige Artikel darüber erschienen sind, aber das sei schon wieder vorbei und man hätte mich vergessen. Er versuchte, mich so schwach wie möglich zu machen, mich zu brechen. Doch einmal, als ich in das Verhörzimmer geführt wurde, sah ich auf seinem Tisch einen Stapel Briefe liegen. Es waren Amnesty-Briefe aus der Schweiz. Ich kannte diese Briefe, ich

wusste was sie bedeuteten und dass es wahrscheinlich noch viele mehr davon gab. Das Gefühl war unglaublich! Der Beamte hatte keine Ahnung, was das für Briefe waren. Er fragte mich „Haben Sie viele Freunde in der Schweiz?“ Das machte mir Mut und gab mir Kraft und hat dazu beigetragen, dass ich nach vier Monaten frei kam.

Sie leben in Deutschland, sind aber mit der Zivilgesellschaft im Land noch stark verbunden. Wie unterstützen Sie diese jetzt?

Nachdem ich viele Jahre als Journalistin und Menschenrechtlerin in Usbekistan gearbeitet habe, kenne ich viele Menschenrechtsaktivisten, verteilt aufs ganze Land. Wir haben ein Netzwerk von lokalen Beobachtern aufgebaut, die mit uns zusammenarbeiten, die Lage beobachten, Interviews mit

Betroffenen führen etc. Alle Informationen laufen bei uns in Berlin zusammen und wir berichten darüber. Wir sind komplett auf die Menschen angewiesen, die in Usbekistan geblieben sind, unsere lokalen Korrespondenten, die sehr viel riskieren. Das wichtigste dabei ist es natürlich, diese Menschen zu schützen. Wir verwenden spezielle Software, die für Menschenrechtsverteidiger entwickelt wurde, verwenden ausschließlich Pseudonyme und in E-Mails nennen wir nie Namen.

Was sind für Sie die dringendsten Menschenrechtsprobleme in Usbekistan und wie kann man sie lösen?

Es sind viele Dinge: Wenn es keine Meinungsfreiheit und keine freien Medien gibt, kann es auch sonst keine Freiheit geben. Das Fehlen rechtsstaatlicher Prinzipien ist eine Katastrophe, ein riesiges Problem ist auch Folter und der massive Einsatz von Zwangsarbeit auf den Baumwollfeldern während der Erntezeit. Ich würde sagen, es gibt kaum Länder auf der Welt mit einem so repressiven Regime. Die Menschen im Land sind viel zu eingeschüchtert und unterdrückt, um selber etwas zu bewirken, sich aufzulehnen. Das müssen wir von außen tun, denn nur internationaler Druck kann hier etwas verändern.

UMIDA NIYAZOVA wird am 10.12.2014 bei der Briefmarathonveranstaltung von Amnesty International Österreich zu Gast sein und zur Lage der Menschenrechte in Usbekistan erzählen.

Wann: Mittwoch, 10. 12. 2014 17.00 – 20.00 Uhr

Wo: Impact Hub Vienna

Lindengasse 56, Top 18-19, 1070 Wien

LAUFEND SPENDEN SAMMELN IST GANZ EINFACH!

Werde Teil des Amnesty International „Run for Charity“-Teams beim Vienna City Marathon 2015



Wie geht das? Wähle bei der Anmeldung zum Vienna City Staffeln-, Halb- oder Marathon „Run for Charity“ aus und bewirb dich als Mitglied des Charity-Teams von Amnesty International. Vorab schicken wir dir ein kleines **Motivations- und Goodiebag** zu!

Nun erstellst du eine Spendenseite für deinen Lauf. Fordere deine Familie, FreundInnen und Bekannte auf, dich zu unterstützen: Ab einem gesammelten Spendenbeitrag von € 300 bist du Teil des Teams. Du bekommst von uns ...

- ▶ Informationen zu STOP FOLTER Aktivitäten rund um den Vienna City Marathon
- ▶ das hochwertige Menschenrechte Bewegung Sportpaket (inkl. Funktionsshirt, Sport-Cap, Schweißband „Tresor“, Trinkflasche, Transportsack, Black Bear Bio-Energieriegel, Amnesty Body-Tattoos) nach Hause zugeschickt.



- ▶ eine Einladung zum „Get-Together“ nach dem Vienna City Marathon, damit wir uns persönlich bei dir bedanken können!
 - ▶ Du läufst nicht? Sag „Run for Charity“ an möglichst viele Menschen weiter und unterstütze deine LieblingsläuferInnen am Vienna City Marathon mit einem Spendenbetrag als Motivation!
- Alle Informationen unter www.amnesty.at/vcm



Ankündigung/Save the Date! Mitgliederversammlung 2015

Fr, 17. April bis So, 19. April 2015 • WIEN – JUFA WIEN CITY

- Liebes Mitglied von Amnesty International Österreich!
- Wir laden Sie herzlich zur Mitgliederversammlung (MV) 2015 ein. Reservieren Sie sich den Termin gleich in Ihrem Kalender!
- Die Mitgliederversammlung gibt allen Mitgliedern die Möglichkeit,
- ▶ Wissen und Erfahrungen zu Menschenrechten mit Gleichgesinnten zu teilen,
 - ▶ von anderen Amnesty Mitgliedern zu lernen und die Freude an Menschenrechten noch mehr zu stärken,
 - ▶ inspirierenden Vortragenden zuzuhören und mehr über spannende Menschenrechtsthemen zu erfahren,
 - ▶ wichtige Themen einzubringen und
 - ▶ damit Amnestys Zukunft mitzugestalten.

Weitere Informationen finden Sie ab Anfang 2015 unter: www.amnesty.at oder telefonisch unter 01/78008.

AMNESTY INTERNATIONAL ACADEMY in Kooperation mit ZARA ZIVILCOURAGE UND ANTI-RASSISMUS-ARBEIT

ANTI-RASSISMUS LEHRGANG März - Mai 2015

Sie wollen Ihren Handlungshorizont und Ihre Kompetenzen im Umgang mit Rassismus und Diskriminierung im Berufsleben erweitern? Sie wollen im Alltag gekonnt eingreifen, wenn Ihnen oder anderen Unrecht geschieht? Dann ist der Anti-Rassismus Lehrgang das Richtige für Sie.

In vier Modulen erhalten Sie Grundlagenwissen und erweitern Ihren Blickwinkel auf die Themen Antidiskriminierung, Rassismus, Vielfalt und Zivilcourage.

Amnesty Academy
Moeringgasse 10, 1150 Wien
Tel.+43/ 01 78008 / academy@amnesty.at
academy.amnesty.at

Machen Sie mit beim größten Menschenrechtsevent der Welt, denn Ihre Briefe können Leben retten! Sie können unmittelbar etwas bewegen – mit den angehängten Postkarten. Der massive internationale Druck von Menschen wie Ihnen zeigt Wirkung: Unschuldige werden freigelassen, bedrohte Menschen werden geschützt, Betroffene von Folter erfahren Gerechtigkeit und zum Tode Verurteilte werden nicht hingerichtet. Ihre Unterschrift macht einen Unterschied!

Ihre Stimme zählt – Werden Sie jetzt aktiv!

USBEKISTAN. ERKIN MUSAEV: Gefoltert, weil sie einen Schuldigen brauchten.



Es ist Januar 2006, als Erkin Musaev am Tashkent-Flughafen in Usbekistan vom Nationalen Sicherheitsdienst (SNB) festgenommen wird. Zu der Zeit arbeitet Erkin als Country Manager beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP). Anfänglich beschuldigen die Sicherheitsbeamten Erkin, im Besitz von Drogen zu sein. Wenig später werfen sie ihm jedoch Spionage vor. Erkin Musaev wird mehrere Wochen ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten. Er wird einen Monat lang tagsüber geschlagen und nachts verhört. Aufgrund von Folter und Misshandlungen erleidet Erkin ein Schädel-Hirn-Trauma, woraufhin er im März 2007 am Kopf operiert wird. Der SNB droht, seiner Familie etwas anzutun. Schließlich unterschreibt Erkin ein „Geständnis“, um seine Familie zu schützen. Es folgen drei unfaire Gerichtsverfahren. In den Jahren 2006 und 2007 wird Erkin schlussendlich wegen Hochverrats und Amtsmissbrauches zu insgesamt 20 Jahren Haft verurteilt. Die erste Anklage bezieht sich auf seine angebliche Beteiligung an den Aufständen in Andizhan im Mai 2005, wo hunderte großteils friedliche DemonstrantInnen von Sicherheitskräften getötet worden waren. Erkin wird vorgeworfen, an der Organisation der Proteste beteiligt gewesen zu sein. Alle drei Gerichte lassen als Beweismittel Geständnisse zu, die unter Folter erzwungen wurden. Beschwerden zu seiner Folter in Haft werden von den Gerichten ohne angemessene Überprüfung abgelehnt.

Im März 2012 erreichen Erkin und seine Anwälte auf internationaler Ebene einen kleinen Teilerfolg durch ihren unermüdlichen Kampf: Der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen entscheidet, dass Erkin Musaevs Rechte gemäß Artikel 7 (Folterverbot), Artikel 9 (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und Artikel 14 (fares Gerichtsverfahren) des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte verletzt wurden.

Fordern Sie mittels angehängter Postkarte von der usbekischen Regierung die sofortige Freilassung von Erkin Musaev und eine Untersuchung der Foltervorwürfe!

(Porto Standardbrief bis 20g: 1,70 Euro)



CHINA. LIU PING: Gefoltert, weil sie Korruption aufzeigte.



Liu Ping ist eine hartnäckige, mutige und entschlossene Frau. Nachdem sie ihren Job in der Stahlfabrik ihrer Heimatstadt Xinyu verloren hatte, weil sie vom Management mit nur 45 Jahren zwangspensioniert wurde, begann sie sich für die Rechte von ArbeitnehmerInnen einzusetzen. Sie startete gemeinsam mit anderen Betroffenen Unterschriftenaktionen und knüpfte Kontakte mit dem „New Citizens' Movement“, einem Netzwerk von MenschenrechtsaktivistInnen, welches Menschen ermutigt, sich für ihre Rechte einzusetzen. Seit 2012 setzt sich Liu verstärkt für Transparenz der Einkommen hoher ParteifunktionärInnen und Beamten ein.

Obwohl die chinesische Regierung sich offiziell dem „Kampf gegen Korruption“ verschrieben hat, verfolgt sie in der Praxis genau jene BürgerInnen, die Korruptionsfälle aufzeigen und sich für transparente Einkünfte einsetzen. Dies bekam auch Liu Ping zu spüren. Als sie am 21. April 2013 mit zwei weiteren Aktivistinnen friedlich in ihrer Heimatstadt Xinyu hohe Regierungsbeamten dazu aufforderte, ihre Vermögenswerte offenzulegen, wurde sie sechs Tage später verhaftet. In Untersuchungshaft wurde sie misshandelt und gefoltert. Unter anderem soll eine Polizeibeamtin Liu Ping bei der Einvernahme mehrfach mit dem Kopf gegen Metallstangen gestoßen haben.

Liu Ping wurde im Juni 2014 wegen der „Provokation von Ärger und Streit“ und der „Versammlung einer Menschenmenge, um die öffentliche Ordnung zu stören“ zu sechseinhalb Jahren Haft verurteilt. Amnesty International sieht die Strafverfolgung von Liu Ping als politisch motiviert an, als Teil des harten Durchgreifens gegen das „New Citizens' Movement“.

Zeigen Sie Solidarität mit Liu Ping. Senden Sie ihr die angehängte Solidaritätspostkarte mit aufmunternden Worten. Die Farben Blau und Weiß stehen für das „New Citizens' Movement“. Wir sammeln die Postkarten und senden sie ihr ins Jiangxi Nanchang Frauengefängnis.

(Porto Standardbrief bis 20g: 0,62 Euro)

**WIR
SCHREIBEN,
UM LEBEN
ZU RETTEN.**

AMNESTY INTERNATIONAL

BRIEFMARATHON 2014

3.-17. DEZEMBER

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

